

Vorsitzende des Kreistages Groß-Gerau
Frau Renate Meixner-Römer
Wilhelm-Seipp-Str. 4
64521 Groß-Gerau
E N T W U R F

16.10.2023

Antrag gem. § 27 GO

Soziale Kürzungspläne im Bundeshaushalt zurücknehmen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

DIE LINKE. Offene Liste bittet Sie, folgenden Antrag in der Kreistagssitzung zur Abstimmung zu bringen:

Der Kreistag möge beschließen:

Beschluss:

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, sich an die Bundesregierung mit der Aufforderung zu wenden, die geplanten Kürzungen in den Haushalten für Arbeit, Familie, Jugend, Soziales und Gesundheit nicht umzusetzen. Die Kommunen sind nicht in der Lage diese Kürzungen nur annähernd auszugleichen. Im Gegenteil erwartet der Kreistag Groß-Gerau, dass Haushaltsansätze aufgestockt werden, um den sozialen Frieden wieder herstellen zu können.

Begründung:

Folgende Kürzungen sind im Haushalt der Bundesministerien für Arbeit, Familie, Jugend, Soziales und Gesundheit geplant, die die Bürger*innen und die Städte, Gemeinden und den Kreis empfindlich treffen werden:

1. Jobcenter

Die Finanzierung der Verwaltungskosten der Jobcenter und die Mittel für die Eingliederung in Arbeit von Erwerbslosen werden deutlich gekürzt. Insgesamt stehen € 500 Millionen weniger zur Verfügung als 2023 (Ressort: BMAS; Eingliederung in Arbeit inklusive Ausgabenreste anderer Ressorts: 2023: € 5,0 Milliarden, 2024: € 4,8 Milliarden; Verwaltungskosten für die Grundsicherung für Arbeitsuchende: 2023: € 5,25 Milliarden, 2024: € 5,05 Milliarden; keine zusätzliche Aufstockung für die Betreuung Geflüchteter um € 100 Millionen wie noch im Jahr 2023).

Das bedeutet: Einschnitte bei der persönlichen Beratung von Erwerbslosen und weniger Integrationen auf dem Arbeitsmarkt. Kostet die Kommunen mehr Geld, die Betroffenen bleiben länger arbeitslos und der Arbeitsmarkt bekommt keine Arbeitskräfte.

Zusätzlich sollen die Aufgaben der Weiterbildung und Qualifizierung in die Agentur für Arbeit verschoben werden. Das bedeutet u.a. für AVM gGmbH, dass sie keine Maßnahmen mehr erbringen können, da sie bei Ausschreibungen der Arbeitsagentur aufgrund des TVÖD nicht zum Zuge kommen.

2. Jugendmigrationsdienste

Bei den Jugendmigrationsdiensten soll mehr als ein Drittel der Mittel gekürzt werden (Ressort: BMFSFJ; 2023: € 99,85 Millionen, 2024: € 63,8 Millionen).

Das Programm Respekt Coaches bietet Demokratiebildung und Extremismus-Prävention an Schulen. Über 400 Fachkräfte begleiten Jugendliche an rund 600 Schulen bundesweit. 2022 nahmen rund

160.000 junge Menschen an 3.800 Gruppenangeboten teil.

Das bedeutet: Integrationsleistungen für junge Menschen werden massiv beschnitten und der soziale Zusammenhalt wird weiter gefährdet. Folgekosten aufgrund mangelnder Integration entstehen.

3. Migrationsberatung

Für die Migrationsberatung erwachsener Zuwandernder sollen € 24 Millionen weniger zur Verfügung gestellt werden als im Jahr 2023. Dies entspricht fast einem Drittel der bisherigen Förderung (Ressort: BMI; 2023: € 81,5 Millionen, 2024: € 57,5 Millionen). In der Unterstützung und Therapie psychisch belasteter bzw. traumatisierter Geflüchteter werden € 10 Millionen gekürzt und damit mehr als die Hälfte (Ressort: BMFSFJ; 2023: € 17,5 Millionen, 2024: € 7,1 Millionen).

Das bedeutet: Die 1,5 Stellen für eine hochqualifizierte Beratung im Kreis werden voraussichtlich weiter reduziert, die halbe Stelle für die Unterstützung belasteter Geflüchteter im Kreis hat sich voraussichtlich damit erledigt. Menschen bleiben ohne Unterstützung und Beratung, dadurch entstehen Folgekosten durch fehlende Integration, Behandlung und Akzeptanz, die der Kreis oder andere Institutionen irgendwann tragen muss.

4. Pflege

Eine grundlegende Pflegereform ist nötig, die Pflegeleistungen umfänglich finanziert und dafür sorgt, dass Pflegekräfte im Beruf bleiben. Dazu gibt es keine Finanzierung im Haushalt, zusätzlich wird nun aber auch die pauschale Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen der sozialen Pflegeversicherung um € 1 Milliarde gekürzt (Ressort: BMG; 2023: € 1 Milliarde; 2024: € 0).

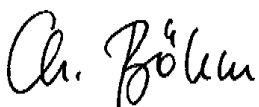
Das bedeutet: Eigenanteile steigen, die Pflegebedürftigen können sie nicht zahlen und vermeiden professionelle Pflege und sind unterversorgt, die Angehörigen überlastet. Der Kreis muss vermehrt für die Hilfe zur Pflege aufkommen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Kürzungspläne. Weitere Kürzungen sind vorgesehen:

- Streichung der Digitalisierungsmittel für Wohlfahrtsverbände in Höhe von 3,5 Millionen Euro
- Zuschüsse für Bauvorhaben und Investitionen des Müttergenesungswerks werden um € 5,2 Millionen gekürzt, es verbleiben 400.000 Euro
- Die Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) soll 2024 um insgesamt € 78 Millionen und 2025 um weitere € 35 Millionen gekürzt werden – Folge ist kein Nachwuchs in Pflege und Pädagogik
- Es sind keine Mittel für die Umstrukturierung der Krankenhäuser vorgesehen. Der Mittelansatz des Bundesministeriums für Gesundheit wird um ein Drittel gekürzt.
- Die Kindergrundsicherung wird mit lediglich 2,4 Milliarden Euro ausgestattet. Dabei ist mindestens ein Betrag von 20 Milliarden erforderlich, um grundlegende Elemente einer armutsbekämpfenden Kindergrundsicherung zu etablieren.

Quelle: die Zahlen sind vorwiegend von der Website der Diakonie übernommen: [Bundshaushalt 2024 - Erwartungen an die Politik - Infoportal - Diakonie Deutschland](#).

Mit freundlichen Grüßen



Christiane Böhm)
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE. Offene Liste